

EINBÜRGERUNGS Ratgeber

EINBÜRGERUNGS RATGEBER



eBook Ratgeber
zum Thema Einbürgerung und Einbürgerungstest

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Ursprünge	3
a. Staatsangehörigkeitsgesetz (2000)	3
b. Baden-Württemberg (2006 – 2011)	4
c. Hessen (2006 – 2008)	5
3. Bundeseinheitliche Regelung	5
a. Innenministerkonferenz (ab 2006).....	6
b. Einbürgerungstestverordnung	6
c. Einbürgerungskurs.....	7
4. Einbürgerung	8
a. Anspruchseinbürgerung.....	9
b. Ermessenseinbürgerung.....	12
c. Doppelte Staatsbürgerschaft	13
d. Benötigte Dokumente.....	16
e. Kosten.....	17
f. Integrationskurse	18
g. Einbürgerung von Familienmitgliedern	19
h. Vorteile der Einbürgerung und Pflichten als Staatsbürger	20
5. Themengebiete des Einbürgerungstests	21
a. Deutschland als Ganzes	21
b. Die einzelnen Menschen	23
c. Der Mensch in der Gesellschaft.....	23
d. Die staatliche Struktur	24
e. Die politische Struktur.....	25
f. Praktische Politik	25
g. Geschichte	26
6. Sprachtest	27
7. Vorbereitung und Mustertest.....	28
8. Auswirkungen	30
9. Öffentliche Diskussion	31
a. Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.....	32
10. Fazit.....	33

1. Einleitung

Seit jeher handelt es sich beim Thema Migranten in Deutschland um ein äußerst sensibles Thema. Bis heute finden sich in der allgemeinen Diskussion zahlreiche Verweise auf die Vergangenheit Deutschlands. Gemeint ist natürlich vor allem der Zweite Weltkrieg, in dem das Deutsche Reich versuchte, kontinentalen Raum für seine rassistischen ideologischen Vorstellungen zu gewinnen und zur absoluten Weltmacht aufzusteigen.

Im Rahmen des Krieges gab es zwischen 60 und 70 Millionen Kriegstote und etwa 5,6 bis 6,3 ermordete Juden. Gerade deshalb sind die Menschen in Deutschland speziell in der Nachkriegszeit sehr sensibel mit dem Thema der Migration umgegangen. Politisch korrektes Verhalten erforderte seitdem eine hohe Toleranz gegenüber Migranten anderer Nationen und Glaubensrichtungen. Doch Integration bringt auch Probleme mit sich, was gerade im Rahmen der Flüchtlingskrise sehr deutlich wird. Viele Menschen fragen sich, wie viele Menschen Deutschland mit seinem mittlerweile wieder erreichten Wohlstand tatsächlich aufnehmen und versorgen kann. Nichtsdestotrotz wird durch die große Zahl der Flüchtlinge (mehr als 1 Million seit 2015) eine Veränderung auf Deutschland zukommen. Nicht alle dieser Flüchtlinge werden wieder in ihre Heimatstaaten zurückkehren (können). Das bedeutet, dass sich die demografische Struktur in Deutschland zwangsläufig verschieben wird.

Ein wesentlicher Faktor in diesem Zusammenhang wird die Integration sein, die gerade im Rahmen der Flüchtlingskrise noch einmal in einem ganz neuen Kontext zu sehen ist. Neben der faktischen Integration von Flüchtlingen und Migranten kann unter gewissen Voraussetzungen auch eine tatsächliche Einbürgerung stattfinden. Voraussetzung dafür ist unter anderem der sogenannte Einbürgerungstest. Dieser soll vor allem Hintergrundwissen zur deutschen Geschichte und den hier geltenden juristischen und moralischen Vorstellungen überprüfen. Außerdem werden grundlegende Sprachkenntnisse abgefragt, die natürlich unverzichtbar sind, um am gesellschaftlichen Leben Deutschlands teilnehmen zu können.

Dieses E-Book soll dabei helfen, alle wesentlichen Hintergründe zum Einbürgerungstest aufzuzeigen. Zunächst beschäftigen wir uns dazu mit den Ursprüngen und Grundlagen des Einbürgerungstests, die mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz beginnen. Hessen und Baden-Württemberg setzten zunächst eigene Konzeptionen für ihr Bundesland um, ehe sich im Laufe der Zeit eine bundeseinheitliche Regelung entwickelte. Es wird aufgezeigt, wie diese aufgebaut ist und wie der Einbürgerungstest schließlich aufgebaut ist.

In den Folgeabschnitten wird erläutert, welche Voraussetzungen überhaupt vorliegen müssen, damit sich ein Migrant oder Flüchtling einbürgern lassen kann. Natürlich kann das weitere Rahmenbedingungen wie zusätzliche Kosten, Integrationskurse oder die Einbürgerung von Kindern mit sich bringen. Diese Faktoren werden ebenso aufgezeigt wie die Vorteile, die eine Einbürgerung schließlich mit sich bringt.

Weiterhin wird im Detail auf die sieben Themengebiete eingegangen, welche Bestandteil des

Einbürgerungstests sind. Ihr Inhalt wird dabei ebenso erläutert wie ihre Bedeutung im Rahmen des Einbürgerungstests. Ergänzend werden der Sprachtest und Vorbereitungsmöglichkeiten erläutert. Insbesondere viele Webportale können den Test simulieren, da die jeweiligen Fragen öffentlich zugänglich sind. So wird per Zufallsprinzip ein Fragenpool ausgewählt und nach Abschluss des Tests ausgewertet. Abschließend werden vor allem die gesellschaftlichen Aspekte des Einbürgerungstests näher beleuchtet. Wie gestaltet sich die öffentliche Diskussion? Welche gesellschaftlichen und politischen Bewegungen sind im Kontext der Flüchtlingskrise und der Migration generell relevant? Wie sieht die rechtliche Situation rund um die Einbürgerung und den Einbürgerungstest aus? Und vor allem: Welche tatsächliche Auswirkung bringt der Einbürgerungstest aktuell mit sich und wird es in Zukunft tun?

2. Ursprünge

Als Grundlage für die Einbürgerung dient das Staatsangehörigkeitsgesetz. Dieses regelt, auf welchen Wegen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben werden kann, unter anderem durch Einbürgerung. Die ersten Einbürgerungstests entwickelten sich schließlich in Hessen und Baden-Württemberg im Jahr 2006. Während in Hessen nur ein Entwurf geschaffen wurde, setzte Baden-Württemberg sein Projekt tatsächlich in die Praxis um und nimmt damit eine Sonderrolle im Hinblick auf den Einbürgerungstest ein.

a. Staatsangehörigkeitsgesetz (2000)

Das Staatsangehörigkeitsgesetz regelt alle Belange rund um die deutsche Staatsbürgerschaft. Es trat im Jahr 2000 in Kraft und sollte gewährleisten, dass eine Einbürgerung nur dann erfolgen kann, wenn sich Antragsteller mit den Werten der deutschen Demokratie identifizieren. Das soll terroristische Aktivitäten eindämmen. Dies war in Form der Unterzeichnung eines entsprechenden Formulars vom Antragsteller darzulegen. Im ersten Paragraphen ist festgelegt, auf welchen Wegen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben werden kann. Unter anderem kann die Geburt, Adoption oder Einbürgerung dazu führen, dass man sie erlangt.

Bei der Geburt ist die deutsche Staatsangehörigkeit unstrittig, wenn ein Elternteil sie besitzt. Dann ist auch das Kind automatisch deutsch. Schwieriger wird es bei Findelkindern. Allerdings wird hier zugunsten des Kindes die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist. Allerdings können auch Kinder von Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch erhalten. Das ist der Fall, wenn mindestens ein Elternteil eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung hat und seit mindestens acht Jahren seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.

„Gewöhnlicher Aufenthalt“ meint, dass in mindestens diesem Zeitraum der Lebensmittelpunkt in Deutschland gewesen ist. Gewöhnliche Urlaubsreisen und Kuren beeinflussen diese Zeit nicht. Wer sich jedoch längere Zeit im Ausland aufhält, kann unter Umständen Probleme bekommen, einen dauerhaften gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland nachzuweisen.

Auch bei einer Adoption kann die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch erworben werden. Dafür gibt es zwei Voraussetzungen. Einerseits muss der adoptierende Elternteil selbst die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Andererseits funktioniert das auch nur für die Adoption minderjähriger Kinder. Das bedeutet, die Adoption erstreckt sich tatsächlich nur auf Kinder, nicht auf Erwachsene.

Besonders interessant ist im Zusammenhang zum Einbürgerungstest natürlich die Einbürgerung selbst. Mit dieser beschäftigen sich die Paragraphen 8 bis 16, 40b und 40c. Hier finden sich Bedingungen und Ausschlusskriterien für eine Einbürgerung von hier lebenden Migranten, Ehepartnern von Deutschen und ehemaligen Deutschen. Die genauen Voraussetzungen für die Einbürgerung werden in Kapitel 4 ausführlich erläutert, deshalb gehen wir an dieser Stelle noch nicht näher auf diese ein.

b. Baden-Württemberg (2006 – 2011)

Baden-Württemberg war das erste Bundesland, das einen Einbürgerungstest in die Praxis umsetzte. Das lag daran, dass das Land schon früh Zweifel an der Sinnhaftigkeit des einfachen Formulars im Rahmen des Staatsangehörigkeitsgesetzes hatte. Schlicht wurde bemängelt, dass die einfache Unterzeichnung eines Formulars nicht gewährleisten kann, dass sich muslimische Mitbürger tatsächlich mit der Verfassung identifizierten. Eine Studie, nach der 21 Prozent der Muslime in Deutschland das Grundgesetz für unvereinbar mit dem Koran hielten, schien diese Annahme zu untermauern. Allerdings wurde von mehreren Seiten die Aussagekraft der Studie bezweifelt oder anders interpretiert.

Seit dem Jahr 2006 wurden bei der Einbürgerung in Baden-Württemberg 30 Fragen gestellt, um den Grad der Anerkennung der deutschen Verfassung, moralischen Werten und kulturellen Unterschieden gegenüber herausfinden zu können. Unter anderem bezogen sich die Fragen auf bekannte Terroranschläge, zum Beispiel New York 2001 und Madrid 2004. Religionsfreiheit, Homosexualität und die Stellung der Frau in der Gesellschaft waren weitere Themengebiete dieses Tests.

Das Besondere dieses Tests lag darin, dass es sich gar nicht um einen allgemeinen Einbürgerungstest handelte. Stattdessen sollten eigentlich nur Muslime diesen durchlaufen, um sie auf ihre Verfassungstreue prüfen zu können. Das wurde kurz vor dem Start auf alle Bürger der 57 Staaten der Islamischen Konferenz ausgedehnt. Zusätzlich konnte der Einbürgerungstest im Bedarfsfall auch bei allen anderen Bewerbern angewendet werden. Gerade als Instrument bei unklarer Verfassungstreue machte dies Sinn. Die Fragen wurden den Teilnehmern des Tests übrigens nicht in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt, sondern vorgelesen. So sollte sichergestellt werden, dass die Probanden sich tatsächlich auch sprachlich mit den Inhalten des Tests auseinandersetzen konnten.

Das Echo auf diesen Einbürgerungstest war selbstverständlich sehr gemischt. Während einige den Test begrüßten, kam viel Gegenwind aus diversen Verbänden und von einigen Parteien. Sowohl der Zentralrat der Muslime als auch die Grünen und zum Teil die SPD äußerten Kritik. Hauptargument war, dass dieser Einbürgerungstest die Muslime diskriminiere und

stigmatisiere. Außerdem bestanden erhebliche Zweifel, ob dieser Einbürgerungstest mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Es wurde vermutet, dass die Verweigerung einer Einbürgerung aufgrund eines negativen Einbürgerungstests juristisch vermutlich leicht anfechtbar gewesen wäre. Der Umkehrschluss daraus wäre, dass auch bei negativem Einbürgerungstest eine Einbürgerung hätte erfolgen müssen – was den Sinn des Tests ad absurdum geführt hätte. Nichtsdestotrotz wurde der Test wie geplant durchgeführt. In dieser Form hatte er Bestand bis in das Jahr 2011. Die grün-rote Landesregierung schaffte den Einbürgerungstest, wie Baden-Württemberg ihn eingeführt hatte, ab und ersetzte ihn durch die mittlerweile geschaffene bundeseinheitliche Regelung.

c. Hessen (2006 – 2008)

Nach baden-württembergischem Vorbild kündigte auch Hessens damaliger Innenminister Volker Bouffier an, einen vergleichbaren Einbürgerungstest einzuführen. Der schließlich im März 2006 veröffentlichte Entwurf nannte sich „Leitfaden Wissen und Werte in Deutschland und Europa“. Es handelte sich hierbei um einen aus 100 Fragen bestehenden Fragenkatalog, der sich mit vielen kulturellen, gesellschaftlichen, moralischen, rechtlichen und historischen Hintergründen in Deutschland befasst hat.

Auch hier gab es ein nicht zu überhörendes Echo – in diesem Fall allerdings eher wegen der handwerklichen Umsetzung des geplanten Einbürgerungstests. Der Fragebogen wurde nämlich ohne Antwortmöglichkeiten erstellt. Viele der Fragen wurden daraufhin kritisiert, dass die Antworten zum Teil nicht eindeutig oder sehr subjektiv seien. Gerade aus wissenschaftlicher Sicht gab es zum Teil keine eindeutigen Antworten. Die Frage nach dem höchsten deutschen Gericht beispielsweise erwartet das Bundesverfassungsgericht als Antwort. Allerdings kann das BVerfG gar nicht das höchste deutsche Gericht sein, da es in keinen Instanzenzug integriert ist. Außerdem kann die Frage auch von einem anderen Standpunkt aus betrachtet werden, beispielsweise aus der Sicht eines Geografen. Dann wäre mit der Frage das am höchsten über dem Meeresspiegel liegende Gericht gemeint.

Inhaltlich wurde ebenfalls Kritik geäußert. Beispielsweise wurde auch die Frage nach Bildern deutscher Künstler gestellt. Dies brachte den berechtigten Einwand hervor, ob so ein Wissen tatsächlich nötig sei, um in Deutschland leben zu können. Aufgrund der nicht gerade glücklich gewählten Struktur konnte sich dieser Entwurf nicht durchsetzen, im Jahr 2008 trat schließlich die bundeseinheitliche Regelung an seine Stelle.

3. Bundeseinheitliche Regelung

Es dauerte eine gewisse Zeit, bis eine bundeseinheitliche Regelung gefunden werden konnte. Im Mai 2006 verständigten die Innenminister der Länder sich darauf, dass ein Einbürgerungstest eingeführt werden müsste. Es dauerte jedoch bis zum August 2008, bis die sogenannte Einbürgerungstestverordnung verabschiedet wurde. Diese beinhaltet die Regelungen für den Einbürgerungstest. Als Anhang können auch alle möglichen Testfragen gefunden werden.